

Montag, den 28. Februar 1921

Einzelnummer 25 Pf.

32. Jahrgang — Nr. 49

Volksblatt

für Schlesien

Anzeigenpreis: 30 Pfennige für geschäftliche Anzeigen und Schriften
2.20 M., ausdrucks 2.50 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.50 M.
Siedlungszettel, Berichte, Verhandlungen und Abdrucke 0.30 M.
30 vorausnommenen Preisen tritt ein Versandungsabzug von 20% an. Werbende
heute nächste Nummer müssen bis Sonntag 21 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-
redaktion Breslau 46 (wie in länderlichen Ausgaben abgegeben werden).

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5552.

Bezugspreis: Die „Volksblatt“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist
Zweigstelle Bandlastpreis 25, bei Jungen, Durchschnittspreis der Zeitung 12.
Neue Ausgabe 12. und durch die Ausgabe 12. Wochentags 12.20 M., (Gangzeit 12.20
M., monatlich 5.20 M., vierwöchentlich 15.20 M., Gangzeit 12.20 M.,
durch die Post bezogen vierwöchentlich 15.20 M., ohne Bezahlung, 12.20 M.,
durch die Post bezogen monatlich 5.10 M., vierwöchentlich 12.20 M.).

Westeuropas Arbeiterwünsche für London.

Seid wachsam gegen die Orgesch!

In der Sitzung des erweiterten Bezirksvorstands der mittelschlesischen Sozialdemokratie, über die wir an anderer Stelle berichten, wurden aus verschiedenen Teilen des Bezirkes über Täufungen der Orgesch und Ansammlung bewaffneter auf großen Gütern Mitteilungen gemacht. Die Beobachtungen, die unsere Parteigenossen gerade in den letzten Wochen und Tagen machen konnten, bestätigen zum Teil die früheren Mitteilungen der „Vollswacht“. So tritt z. B. die Rolle der Fa. vom Rath, Schoeller und Sene in den Vorbereitungen der Bewaffnung gegen die Arbeiter immer deutlicher in die Er scheinung. Neue Beobachtungen kommen dazu. Unsere Parteigenossen in Schlesien werden daher aufgefordert, die größte Wachsamkeit auszuüben. Meldungen sind an das Bezirkssekretariat der Partei (Breslau, Gewerkschaftshaus) zu richten, wo das gesammelte Material gesammelt und an die zuständigen Stellen weitergeleitet wird.

London.

Die Stimme der Gewerkschaftsinternationale

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat durch sein Büro in Amsterdam an Lloyd George ein Telegramm etwa folgenden Inhalts gesandt: Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Rahmen von 25 Millionen organisierten Arbeitern spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zu stellenen Forderungen betreffend die Wiedergutmachung die Ausmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages wiederholt dem Völkerbund bekanntgegeben haben. Weiter verweist das Telegramm auf die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in London angenommenen Resolutionen betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands und sagt dann, daß die organisierten Arbeiter eine Schadensvergütung durch Deutschland für gerechtfertigt erachten, aber gegen Forderungen protestieren, die die Arbeiter Westeuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, neuen Haß säen und den Wiederaufbau Europas verhindern würden. Von der Internationalen Börschaffertagung sei die Feststellung einer gerechten Schadensvergütung zu fordern.

Die Kundgebung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wird in London zweifellos nicht ohne Wirkung bleiben, wenn auch die Kommunisten ihren Wert herabzusetzen versuchen. Es ist klar, daß den Kommunisten ein allgemeines Lohnunterbohr in Deutschland lieber wäre als der Sieg der Vernunft in London. Die Arbeiterschaft Westeuropas denkt anders. Ihr eigenes Interesse — das spricht auch das von uns auszugsweise gemeldete Manifest der englischen Arbeiterpartei und der englischen Gewerkschaften vom 17. Februar aus — ihr eigenes Interesse genietet ihr im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im eigenen Lande die Wiederherstellung des mittleren europäischen Marktes. Der Vorstoß der westeuropäischen Arbeiter macht übrigens auch den englischen Linksliberalen bereits etwas Mut zur Opposition gegen die Pariser Beschlüsse. Ihr Führer Asquith hat in London dieser Tage eine Rede in vernünftigem Sinne gehalten, wonach ein Zusammensehen der englischen Linksliberale mit der englischen Arbeiterpartei zu erwarten ist, falls Lloyd George in London der französischen Regierung nachgibt. Freilich könnte auch dieses Zusammensehen erst nach Neuwahlen in England Erfolg versprechen und also leicht zu spät kommen.

Das Ergebnis der Orientierungskonferenz.

Morning Post meldet, daß Befehl des Verbündeten, eine interalliierte Kommission zur Nachprüfung der genauen Zahl der griechischen und türkischen Bevölkerung in Thracien und Epirus zu erkennen, habe auf die griechische Delegation wie eine Bombe gewirkt. Der griechische Ministerpräsident ist auf einen solchen Ausgang nicht vorbereitet gewesen und habe daher die Unzulänglichkeit seiner Regierung unterstreichen müssen. Nach Berichten aus Athen wird die griechische Nationalversammlung den Vertrag von Smyrna unverzüglich ratifizieren. Der türkische Patriarch befiehlt bis auf den Weg nach Konstantinopel den Abzug aller Dienstboten aus Griechenland. Eine Konferenz zwischen den beiden Regierungen ist unter Ausschluß

Der Rücktritt der kommunistischen Führer

von der Leitung der D.K.P., der auf Befehl Moskaus erfolgt soll scheint, obgleich die „Rote Fahne“ das noch nicht zugeben will, endgültig zu sein. Paul Levi, Adolf Hoffmann, Clara Zetkin, Ernst Däumig und Brachbleib sind entlassen. Der neue Vorstand, dem Ernst Meissner und Stoedter-Berlin und im übrigen nur ganz unbekannte Grünen angehören, erschlägt bereits einenflammenden Aufruf, in welchem er zur Einigkeit und zur Tat mahnt. Beides macht sich recht komisch in dem Augenblick, in dem die K.P.D. selbst Taten nur gegen ihre eigenen Führer in Berlin, in München, in Oberschlesien unternimmt und so ein merkwürdiges Vorbild der Einigkeit gibt.

Die Kaiserbolschewisten.

Unsere Fraktion hat im Reichstag beantragt, daß die Haushaltserneuerung den Führern der Bolschewistischen Räuberklasse im Jahre 1917 aus Mitteln des Deutschen Reiches über 50 Millionen Goldmark ausgestellt werden, dem Ausbau zur Untersuchung der Entstehung des Weltkrieges und der Friedensmöglichkeiten mit dem Auftrag zu überwachen, die Tatsache, den Zweck und die Umstände jener Auseinandersetzungen durch einen Untersuchungsausschuß, in dem die Fraktion der D.K.P. vertreten sein möge.

Oberschlesien.

Das Abstimmungs-Reglement.

Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat in Ergründung der Abstimmungsordnungen vom 31. Dezember 1920 genaue Bestimmungen bekanntgegeben. Sie lauten im Auszug:

Artikel 22.

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. März, für das gesamte oberschlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt.

Artikel 24.

Der Passierschein gilt als Wahl und muß vom Paritätischen Ausbau des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorien A und C erhalten den Passierschein von dem Paritätischen Ausbau ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorie D erhalten einen ähnlichen Passierschein und die der Kategorie B erhalten denselben Passierschein, den aber der Paritätische Ausbau des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellen wird. Personen, deren Geschwindigkeit es erfordert, eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passierschein erhalten. Sämtliche Passierscheine brauchen nicht das Bildnis eines französischen Konsuls haben. (Vergl. auch „Brooks“! Red.)

Artikel 25.

Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Begriff „Polska — Polen“, die zweite Kategorie den Begriff „Deutschland — Niemcy“. Jetz. Umlösungen und Urne werden von der Regierungskommission gelesezt.

Artikel 26.

Als Wahllokal sind nach Möglichkeit Räume der Gemeindeverwaltung und der öffentlichen Schulen auszuwählen. In diesen wird eine Wahlzelle eingerichtet, die vor jeder Indisziplin schließen muß. Geht die Zahl der stimmberechtigten über 400 hinaus, so wird eine zweite Zelle eingerichtet.

Artikel 27.

Die Abstimmung dauert von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Es sind zwei Listen aufzustellen, eine vollständige Liste der stimmberechtigten und eine Nebenliste mit den gleichen Angaben. Das Wahlbüro muß mindestens 4 Mitglieder haben. Im Falle, die dazu bestellten fehlen, übernehmen stimmberechtigte das Amt aus.

Artikel 28.

Nach Vorzeigung seiner Wahlzettel erhält der stimmberechtigte einen Umlösung und zwei Wahlzettel. Er überträgt seine Wahlzettel dem Wahlbüro, das seine Wahlberechtigung feststellt. Darauf überträgt er den vorher in der Zelle gefüllten Umlösung der Wahlurne und erhält alsdann seine abgestempelte Wahlzettel zurück. In den beiden Listen wird die Stimmberechtigung vermerkt.

Artikel 29.

Ungültig sind:

1. Stimmzettel, die nicht das vor schriftsmäßige Raster haben.
2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verleugnung des Abstimmungsgeheimnisses bezeugen.
3. Stimmzettel mit Zusätzungen oder Streichen.

Artikel 30.

4. Stimmzettel ohne Aufdruck.
5. Stimmzettel, die ohne Umlösung gefunden werden.
6. Stimmzettel, in unvorschriftsmäßigen Umlösungen.

Jeder Umlösung darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als eine Stimme gezählt. Sind sie verschiedener Kategorie, so ist sie als ungültig.

Verbot einer politischen Partei in Österreich.

Der „Sozialistische Star“ ist von der österreichischen Kommission wegen eines Strafes, der mir die Mitgliedschaft in der Partei verboten wurde.

Zur Reichseinkommen-Steuer-Veranlagung.

Nach einem Erlass des Reichsfinanzministers wird in kurzen Zeiten die Reichseinkommensteuerveranlagung erfolgen. Unter solchen Umständen wird den Lesern der „Vollwacht“ die Kenntnis des neuen Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 350) erwünscht und angebracht sein.

In Anbetracht der erheblichen Tariffälle, die das Reichseinkommensteuergesetz festlegt, — sie betragen zum Beispiel für die ersten angefangenen oder vollen tausend Mark des zu versteuernden Einkommens 10 vom Hundert und steigen sich für die 14 nächsten je 1000 Mark um je 1 vom Hundert unter weiterer Steigerung für noch erlößiges Einkommen — müssen die Schwestern einstimmen, die das Reichseinkommensteuergesetz den wirtschaftlich schwachen bietet, besonderes Interesse erwidern.

Nicht bedeutsam für die arbeitende Klasse, vielmehr wesentlich für die sogenannten kleinen Rentner ist die Vergünstigung (§ 14), die Kapitalerträgssteuer, die man für Kapitalerträge zum Beispiel für Erträge aus früher gezeichneten Kriegsanleihen abzahlen muß, auf die Einkommensteuer anzurechnen lassen zu dürfen. Diese Bestimmung kommt lediglich den über 60 Jahren ermöglichbaren und hauptsächlich auf die Kapitalerlöse einkommen, Ruhegehalt, Pensionen usw. angewiesenen Steuerpflichtigen zugute.

Wichtiger ist die Festlegung des sogenannten Neuerfüllungsminimums (§ 20). Steuerpflichtig ist nämlich für Rentner ohne eigenen Haushalt nur der den Betrag von 500 Mark übersteigende Teil, für Personen mit eigenem Haushalt der mehr als 1500 Mark betragende Teil des Einkommens. Dieser Betrag erhöht sich für den mit dem Steuerpflichtigen zusammenlebenden Ehegatten und für jedes zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörende minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen um weitere 500 Mark. Da den Kindern gewöhnlich nicht bloß eheliche Abkömmlinge, sondern auch Stief-, Adoptiv-, Pflegekinder und deren Abkömmlinge, Wenn also jemand einen Haushalt aus Frau und 2 Kindern bestehend, hat, so darf er 1500 + 500 + 500 = 2500 Mark von seinem Einkommen in Abzug bringen; und nur das Resteinkommen unterliegt der Besteuerung. Der steuerfreie Einkommensteil wird um weitere 500 Mark erhöht, für jede Person, der in Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltpflicht Unterhalt gezahlt wird. Wenn also jemand einem gehobenen Ehegatten Unterhalt zu zahlen hat, so darf er wegen dieser Unterhaltszahlung einen weiteren Betrag von 500 Mark in Abzug bringen. Itemals aber darf dabei mehr in Abzug gebracht werden, als tatsächlich an Unterhalt gezahlt wird.

Übersteigt das steuerfreie Einkommen nicht 10 000 Mark pro Jahr, so erhöht sich der steuerfreie Einkommensteil für die zweite und jede weitere noch nicht 18 Jahre alten Personen um 200 Mark. Hat also ein Arbeiter nur ein Jahresgekommen von 10 000 Mark und dabei vier Kinder zu ernähren, so darf er für jedes Kind, das noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht und sein eigenes Arbeitseinkommen bezieht, statt 500 Mark 700 Mark in Abzug bringen.

Die wesentlichste Schwierigkeit des Reichseinkommensteuergesetzes für die wirtschaftlich Schwächeren ist, weil sie nur ihnen galt. Es kommt die Bestimmung des § 20 des Gesetzes. Sofern nämlich das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 Mark nicht übersteigt, kann besondere wirtschaftliche Bedürftige, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, bei der Veranlagung berücksichtigt werden. Als solche, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigende Verhältnisse nennt das Gesetz außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt minderjähriger Angehöriger, im weitesten Sinne des Wortes, durch Krankheit, Arbeitsverzerrung, Verhuldung, Unfallssäße oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt, infolge einer Erwerbstätigkeit der Chefkinder. Immer muß es sich über um 500 Mark wirtschaftliche Verhältnisse, die beeinträchtigen würden, handeln. Itemals darf zum Beispiel die allgemeine Teuerung und Gehaltsentwertung gestellt gemacht werden, niemals zum Beispiel durch die allgemeine wirtschaftliche Beeinträchtigung von Industrien, in denen der Arbeiter zum Beispiel beschäftigt ist. Liegen aber besondere behindernde Verhältnisse vor, so liegt es nicht etwa im Belieben der Steuerbehörde, sie bei der Veranlagung zu berücksichtigen. Der Steuerpflichtige hat vielmehr einen gerechtfertigten Einspruch auf derartige Berücksichtigung. Sie erfolgt bei einem steuerfreien Einkommen von nicht mehr als 10 000 Mark in der Regel, daß die Abgabe ganz erlassen, bei einem steuerfreien Einkommen von nicht mehr als 20 000 Mark teilweise, nämlich bis zur Hälfte, und bei einem weiteren Einkommen von nicht mehr als 30 000 Mark um höchstens ein Viertel des Abgabebetrages erlaubt wird.

Sind diese Schwierigkeiten auch gegeben, manche Härtet auszugleichen, so sind sie bei heutigen Lebensverhältnissen und -Gewerken doch keinem ausreichend. Aber Vermehrung ist daher unbedingt erforderlich. Sammeln erscheinen die Gesetze des Reichseinkommensteuergesetzes für die Bekämpfung der steuerfreien Einkommensteuer überzeugend, denn es ist leichtweg möglich, der Ratung des Staates anzubringen, daß bei einem steuerfreien Einkommen von etwa 15 000 Mark 24 Prozent Einkommensteuer gestellt werden soll. Auch erscheint, daß vom steuerfreien Einkommensteuer zu viel zu verlangen ist. Denn ist dies aus finanziellen Gründen nicht möglich, so kann man die steuerfreie Einkommensteuer auf 1000 Mark erhöhen. Es kann nicht leidlich zweifelhaft sein, daß diese Maßnahmen nicht nur zu einer höheren Einkommensteuer führen, sondern auch zu einer höheren Arbeitsbelastung, einer höheren Arbeitsaufschwemmung und zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen. Und das ist nicht nur eine Verunsicherung der Arbeitnehmer, sondern auch eine Verunsicherung der Arbeitgeber.

teil auf willkürlich Steuerfrei bleibt. Nach der bisherigen Gesetzegebung sind nämlich — Breslau hat es bereits getan — auf Grund des Landesteuergegeses die Gemeinden befugt, das Steuerkreis Mindensteuer vom sich aus mit Steuer zu beladen, das das, was durch den Stadt Steuerfrei bleibt, von der Gemeinde wieder belastet wird. Diese Bestimmung, die noch vor den verschiedensten Gemeinden verschieden angewendet wird, bedeutet wohl eine der grössten Säulen der Steuergegeses. Sie muss unbedingt aufgehoben werden.

Am d. Red.: Bei dieser Gelegenheit möchte mir vielleicht vor allem nochmals die Vorschläge des Genossen Kell unterstehen, auf die Einkommensteuererneuerung aus vergangenen Jahren für Einkommen unter 80 000 Mark zu verzichten, da die Kosten der Erhebung durch die beigetretenden Summen kaum gedeckt werden würden. Für außerordentlich bedeutsam halte ich darüber den Vorschlag, in diesem Steuerzettel das vierter Bietel der Einkommenssteuer nicht zu erheben, nachdem dies von der Arbeiterschaft durch den Steuerabzug schon größtenteils erhoben worden ist! Die Folge dieses Beschlusses werden höhere indirekte Steuern für die breiten Volksmassen sein müssen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Februar. Am Regierungstisch: Koch.

Ein Auftragstext, der der Reichsregierung eine Kreditvermehrung in Höhe von 8% Milliarden Mark gibt, wovon 8 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages bestimmt sind, wird ohne Ansprache angenommen.

Ein Antrag Marx (Sitz.), der auch von den anderen Regierungsparteien unterstützt wird, bestimmt, dass für die Festlegung des Religionsbekennnisses eines Kindes die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gelten mit der Ausgabe, dass das Religionsbekennnis des Kindes weiter vom Vormund noch vom Pfleger geändert werden kann. Bisher war die Entscheidung über die Religionsbekennnisse eines Kindes der Landesgesetzgebung überlassen. Der Antrag geht an den Reichstag aus.

Es folgt die Weiterberatung des Haushaltplanes beim Haushalt des Reichspräsidenten. Hierzu hat Abg. Koenigsfeld (Unabh.) eine Entschließung eingebracht, die die Aufzehrung der baptistischen Einwohnerverbrennen verlangt. Neben die Entschließung dieses Antrages einplantiert ist eine lebhafte Geschäftsausprache. Die Abg. Schulz (Dürr), Dr. Riecher (Dr. Bpt.), Radbruch (Soz.), Dr. Bell (Btr.), Dr. Wagner (Dem.) erklären es für unzulässig, dass diese Entschließung im Haushalt des Reichspräsidenten eingebracht wird, der dem Reichstag nicht verantwortlich sei. Die zuständige Stelle sei der Reichskanzler.

Das Haus beschließt dann gegen die Stimmen der Nachzähler und Kommunisten, dass der Antrag Koenigsfeld nicht zur Lagesordnung gehört.

Abg. Küppers (Sitz.) berichtet über den Haushalt des Reichspräsidenten. Das Gehalt des Reichspräsidenten ist auf 150 000 Mark die Aufwandsgefahr sinkt auf 200 000 Mark erhöht.

In einer Entschließung wird eine Statistik über das Ergebnis der Prüfung der Handelsgewinne verlangt.

Abg. Hoffmann-Küppersland (Soz.): Die Verfassung hat eigentlich den Reichspräsidenten außerhalb der Parteikämpfe gepeilt und die Verantwortung den Minister gegeben. Zug der politischen Gegner muss anerkennen, dass der Präsident sein Amt im Rahmen der Verfassung ausübt und mit Takt geführt hat.

Zug. Dr. Koenigsfeld (Unabh.): Wir waren von vornherein gegen einen Präsidenten, weil das zu einer republikanischen Wirtschaft führen kann. Wir liefern den Staat ab. Zug im Reichsbüro: Todesurteile nicht vollstreckt werden. Kein einziger monarchistische Reaktionär ist verurteilt worden, nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft geht man vor. Da der vollständige Haltung des Reichspräsidenten erkennbar das Volk die Notwendigkeit des sozialistischen Systems.

Befragter Dr. Hense: Der Reichspräsident ist dem Hause nicht verantwortlich, sondern der Reichsstandart. Die kritisch einflussreichen Handlungen des Reichspräsidenten steht mit der Verhüllung seiner Aktionen nicht mit Takt geführt hat.

Zug. Dr. Koenigsfeld (Unabh.): Wir waren von vornherein gegen einen Präsidenten, weil das zu einer republikanischen Wirtschaft führen kann. Wir liefern den Staat ab. Zug im Reichsbüro: Todesurteile nicht vollstreckt werden. Kein einziger monarchistische Reaktionär ist verurteilt worden, nur gegen die revolutionäre Arbeiterschaft geht man vor. Da der vollständige Haltung des Reichspräsidenten erkennbar das Volk die Notwendigkeit des sozialistischen Systems.

Befragter Dr. Hense: Der Reichspräsident ist dem Hause nicht verantwortlich, sondern der Reichsstandart. Die kritisch einflussreichen Handlungen des Reichspräsidenten steht mit der Verhüllung seiner Aktionen nicht mit Takt geführt hat.

Haushalt und Entschließung werden alsdann angenommen.

Es folgt der Haushalt des allgemeinen Postfonds.

Maijer-Zwickau (Soz.):

Nachdem der Reichstag am 4. Februar einen Antrag angenommen hat, der die Regierung erlaubt, unverzüglich Gebrauch zu machen von der im § 37 des Friedensvertragsgesetzes enthaltenen Entlastigung, erlaubt mir nochmals die Regierung um sofortige Hilfmaßnahmen für die nothleidende Kriegsopfer. (Geht wohin? bei den Soz.) Weitere erlaubt mir die Regierung, unverzüglich die Zusatzverschaffungen aus § 7 des Friedensvertragsgesetzes anzuwenden, damit die Beendigung von Körperschaftsstunden, orthopädischen und anderen Hilfs-

mitteln erleichtert wird. In den Versorgungsämtern darf sich in neuer militärischer Geist entwirken. Die Kriegsopfer dürfen nicht wie früher als militärische Untergabe behandelt werden, sondern die Versorgungsämter sollen in autorisierender Weise den unglücklichen Kriegsopfern mit Rat und Tat zur Seite stehen. (Sich richtig! bei den Soz.) Nach amtlichen Nachrichten des Reichsarbeitsministeriums sind minderjähriges Prozent der höheren Beamten bei den Versorgungsämtern ebenfalls Offiziere. Das spricht keineswegs für eine gerechte Demokratisierung der Verwaltung, wie sie die Regierung nach dem Kapp-Büffo verpflichtet hat. Ich erlaubt weiter die Reichsregierung auf die Kinder einzutreten, das bei den Militärsorgungsgerichten auch Personen aus der sozialen Führung mit herangezogen werden. In einem Fall in Sachsen ist eine solche Regel bei den Militärsorgungsgerichten ausgeschlossen. Obwohl die Regierung in ihrer Verordnung ausdrücklich bestimmt, dass die Bevölkerung ernannt werden sollen nach Gehör der Organisationen der Kriegsopfer, hält man es einfach nicht für nötig, mit diesen Organisationen zu verhandeln. Die Reichsregierung muss sich dieser Angelegenheit annehmen. Wir verlangen weiter, dass endlich dem Reichstag das Gesetz zur Regelung der Rentenansprüche der Friedens-Militärsoldaten empfohlen wird, damit auch in diesen Kreisen die furchtbare Not gelindert wird. Nach den Erfahrungen der Reichsregierung sollen die Militärsoldaten, die in Friedenszeiten in Ausübung ihrer aktiven Dienstzeit verunglückt sind, und die Kriegsteilnehmer früherer Kriege dem Reichsversorgungsgesetz gleichgestellt werden, nicht aber die Veteranen vom Jahre 1864, 1866 und 1870/71. Wir bedauern auf das Tiefste, dass diese Veteranen nur mit einer kleinen Erinnerungsmedaille abgestimmt werden sollen, die sogar noch ungünstig ist. Wir fordern ein, dass den Veteranen ein ausreichender Lebensorthalter gewährt wird. Auch hier hat das deutsche Volk eine Verpflichtung zu erfüllen, der sich die Regierung nicht länger verschieben konnte. (Bravo! bei den Soz.)

Der Haushaltplan wird angenommen.

Ohne Ansprache werden angenommen die Haushalte des Reichsvermögens und des Reichsministeriums. Der Haushalt des Finanzministeriums wird abgelehnt, da der Reichsminister nicht anwesend ist.

Aus dem Reiche.

Rundgebung der Kriegsbeschädigten.

Die Kommissionen sorgen für Zwischenfälle.

Berlin, 27. Februar. Der Groß-Berliner Kai des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten veranstaltet am Sonntag vormittag eine Massenversammlung im Baur, an der etwa 12 000 Personen teilnehmen. Der Vorsitzende, Karl Zieck, wenns so gegen die Verbesserung von Fortbildungen der Kriegsbeschädigten und verlangt eine Beschleunigung der Aussicht der Veteranen. Dann erhältlich ist ein Demonstrationzug, in dessen Reihe zahlreiche Plakate und rote Fahnen mit Inschriften getragen wurden. Nach dem Bericht des Post-Südos, mit wenigen mäzen, da unser eigener Bericht infolge Drachtförderungen ausgeschlossen ist, tragen die meisten der Fahnen den galbaren Saarwesten. Im Zug wurde auf einer Tragschale ein mit Eisenkreuz geschmückter Sarg getragen mit der Aufschrift: "Das neue Verpflegungsgebet". Unterwegs erlagen fünf zivile Zwischenfälle. Der gesunde Fahrer wurde schwerverletzt. Einzelne Straßenbahnen wurden tödlich angegriffen. Zu einem Zulammenstoß mit der Schuhpolizei kam es am Alsterdorfer, wo die Demonstranten ein Auto mit den Schuhpolizisten umzingeln. Den Ordner gelang es schließlich, die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit "Rieber"-Rufen auf die Schuhpolizei und "Hoch"-Rufen auf die dritte Internationale und das Sowjetland ging es weiter nach dem Arbeitsamtamt in der Schuhpolizei. Da dieses von einer Hundertschaft der Schuhpolizei besetzt war, bewegte sich der Zug nach dem Zollamtshaus, wo Tote ebendas eine Ansprache hielt, die mit einem "Hoch!" auf die Westrevolution schlug. Dann löste sich der Zug auf.

Die Frage der Hochhäuser.

Von zuständiger Stelle wird den A. F. C. geschrieben:

In einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Bei einer vor kurzen verbreiteten Nachricht, die jüngst erschienen ist, als von unanständiger Stelle stammend bezichtigt wird, wurde behauptet, das preußische Wirtschaftsministerium hätte aus Gründen der Sparersparnis die Errichtung von Hochhäusern zu Wohnzwecken für unzulässig. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. So darf beinahe das Reichsministerium selbst es bestätigen, dass gegen die Errichtung gleichwertiger Häuser (Hochhäuser) für Gewerbe- und Betriebszwecke:

Lohnabbau im Westen.

Zu den wiederholten eingelagerten Feierlichkeiten im Saarbergbau soll nunmehr der Lohnabbau treten. Die französische Bergwerksdirektion hat den Organisations der Bergarbeiter mitgeteilt, dass nur durch Abbau der Löhne von 15. März ab die Betriebskosten teilweise verringert werden können. Die Direktion hofft mit einem um 15 bis 20 Franc je Tonne verbilligten Kohlenpreis die alten Absatzgebiete zu halten und neue zu gewinnen. Der Abbau der Löhne um 4 Franc für die Schicht sei das mindeste, was die Arbeiterschaft tragen müsse. Die gesamte Saarindustrie würde andernfalls unterliegen und Rot und Elend über ungängige Arbeitersfamilien kommen. Die Organisationen der Bergarbeiter erlassen einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem sie erklären, dass jetzt die Situation der Bergarbeiter in dem Saargebiet gesetzten habe. Die Arbeiterschaft muss gerichtet sein, aber die Ruhe und die gewerkschaftliche Disziplin aufzuhalten, um über die Krise hinwegzutreffen.

Wusland.

Standrecht gegen die Streitenden in Polen.

Warschau, 25. Februar. (Draftbericht.)

Über die augenblickliche Lage des wilden Eisenbahnerstreiks, der entgegen der Absicht des Eisenbahnerverbandes mit der Regierung am 21. d. Mts. auf dem Warschauer Bahnhofnotpunkt ausgebrochen ist, meldet der Korrespondent des Ost-Eryx: Der Bahnbetrieb leidet außer unter dem Maschinenschlaf auch unter der Stilllegung der Bahnhofsställe. Es verkehrt nur die Hälfte der Züge. Die Regierung erliegt einem Aufruhr, worin sie die Notwendigkeit der von ihr ergriffenen schweren Maßnahmen damit begründet, dass der Streik nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur sei. Nach der Militarisierung der Eisenbahnen hat das Generalkommando ab 24. d. Mts. die Einführung von Standgerichten gegen Pflichtverleihung und Dienstweigerung im Eisenbahndienst sowie gegen die Agitation zur Bettelbefreiung angeordnet; Zivilbeamten droht die Todesstrafe durch Strafe oder Freiheit. Die sozialistische Partei und der Eisenbahnerverband verurteilen zwar das Vorgehen der Regierung, erklären sich jedoch nicht mit den Streitenden solidarisch, da es sich um einen wilden Streik handele. Der Streik und die Polizei beklagen Ultimatum des Eisenbahnerverbandes angekündigt und ebendas ultimative Forderungen der Pol., Telephonbeamten und Telegraphenbeamten zum gleichen Termin aufgestellt. Zur Zeit berät der polnische Ministerrat über die Forderungen der Maschinisten, die eine Erhöhung der Teuerungszulage von 400 auf 800 Prozent verlangen. Der Warschauer Delegationsrat der Vorarbeiter hat den allgemeinen Widerstandstreik zum 14. März befohlen.

Amerikanisches Einwanderungsgesetz.

Washington, 23. Februar. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April ab für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf 2 Prozent der Einwohner gleicher Nationalität festgesetzt, die zur Zeit der Volkszählung vor 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen haben.

Van den amerikanischen Gewerkschaften.

Die Führerschaft in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung hat der "American Federation of Labor", dessen langjähriger Leiter Samuel Gompers ist.

Wie der Name sagt, ist die A. F. of L. eine föderativ-körperschaftliche Angelosellschaft, die 111 nationale und internationale "Unions" (Vereinigungen), 46 einzelstaatliche Föderationen, 816 Ortsverbände, 884 lokale Gewerkschaften und zusammenhängende Arbeitervereine, 33 852 einzelne Lokalvereine, 5 Departements (Zentralausschüsse) und 572 Postausschüsse. Ihre Mitgliederzahl belief sich Ende 1919 auf 3½ Millionen. Die Gesamtausgaben des Bundes betrugen im Jahr 1919 654 887,57 Dollar, die Gesamtausgaben über 67 000 Dollar zu buchen war.

Die A. F. of L. vertritt keinen Klassenkampfstandpunkt. Ihr Ziel ist im wesentlichen: Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft im Rahmen der bestehenden Gesellschaft. Die Mittel sind demgemäß: bessere Arbeitsbedingungen, d. h. Löhne, längere Stunden. Das Endziel und Ideal ist also nicht etwa: Wirtschaftliche Demokratie oder Sozialismus, sondern Erfahrung eines beschäftigten Existenzminimums.

Die A. F. of L. zumal S. Gompers und der Verwaltungsrat, fühlen sich durchaus mit den beiden großen bürgerlichen Parteien — den Republikanern und Demokraten — verbunden, zahlreiche Mitglieder des A. F. of L. gehören diesen Parteien an und unterstehen sie in den Wahlkämpfen, je nachdem die eine oder andere vorzugehen — wie in dem letzten Wahlkampf die Republikaner.

Die A. F. of L. ist weder der 2. (Amsterdamer) noch der 3. (Moskauer) Gewerkschaftsinternationale angeschlossen. Eine starke Bewegung für den Anteil an Amsterdam macht sich seit einiger Zeit in ihren Reihen bemerkbar und desgleichen eine Opposition gegen die autoritären Tendenzen der Leitung.

So hat sich denn des Schicksal und der Wille dieses törichten Mädelns erfüllt! Schon als Schützling behauptete sie ironisch, nur einen Wallen oder einen Polen, einen großen Patrioten oder einen Räuberhauptmann mit schönen Loden heißen zu wollen, und nun haben wir die Beleidigung! Alle inländischen wohlmeintenden Einträge hat sie ausgeschlagen, doch natürlich musste ich den geschickten und klugen Melchior Böhni bemühen, der noch große Erfüllte machen wird, und ke hat ihn noch lächerlich verhöhnt, weil er nur ein törichtes Badenbarthäufchen trägt und aus einem silbernen Döschen läuft! Nun, Gott sei Dank, ist ein polnischer Graf da aus wilderster Herzen! Nehmen Sie die Gans, Herr Graf, und schicken Sie mit dieser wieder, wenn Sie in Ihrer Bolagel friest und nicht ungünstig wird und heißt! Nun, was würde die heilige Mutter für ein Entziffer genommen, wenn sie noch erlebt hätte, doch das verzogene Kind eine Gräfin geworden ist!

Also gab es große Bewegung; in wenig Tagen sollte sich die Verlobung gefeiert werden, denn der Amtsgeist behauptete, dass der fröhliche Schreiberjunge sich in seinen Geschäften und vorhabenden Reisen nicht durch Heiratslücken darin aufzuhalten lassen darf, sondern diese durch die Beförderung jener beschleunigen müsse.

Starpiasti brachte zur Verlobung Brautkleid, welche ihm die Hälfte seines zeitlichen Vermögens kostete; die andere Hälfte verlangte er zu einem Preis, das er seiner Braut geben wollte. Es war eben Frühlingszeit und bei hellem Himmel ein verschneites glänzendes Wintermetter. Die Landstrassen boten die prächtige Schlittenbahn, wie sie nur selten entsteht und sich füllt, und Herr von Starpiasti veranstaltete darum eine Schlittenfahrt und

Wie stark jedoch die Stellung des Letzters ist, hat sich klar auf dem panamerikanischen Kongress gezeigt, wo Gompers als Sieger gegen die von den südamerikanischen Gewerkschaften geführte Opposition hervorging. Sie hat sich ferner in den Wahlen zum New Yorker Ortskantonalen offengebart, wo von 15 Kandidaten 14 der Gomperschen Richtung angehörten.

Die energischste und bestgeleitete Gewerkschaft sind die Amalgamated Clothing Workers (Schneiderverband). Sie ist seit 1891 unter dem Namen "United Garment Workers of America" (Vereinigte Bekleidungsarbeiter) gegründet worden, die namentlich noch fortbestehen, aber ohne tatsächlichen Einfluss und bedeutunglos sind. Erst 1914 wurde von der vorher abgesplitteten Mehrheit der neue Name adoptiert, und mit ihm trat eine Tendenz, die Neigung zur jungenen "One Big Union" (Industrieverband) hervor. Daneben verfolgt der Schneiderverband, dessen Mitglieder zum größten Teil jüdische Politische Juden sind, jedoch radikal-socialistische Ziele und bildet einen Block für alle sozialistischen Verbündeten.

1916 wurde der Kampf um die 48-Stunden-Woche begonnen, der 1918 mit dem vollen Sieg des Schneiderverbandes endete. Mit dem Tage des Waffenstillstandes im Weltkriege begann für die A. C. W. ein neuer Krieg, der um die 44-Stunden-Woche, und auch er wurde — schneller als der frühere — gewonnen. Da gerade die Schneider in Amerika unter besonders ungünstigen Umständen arbeiteten und bis vor kurzem noch ganz rechtfertig waren, ohne Kooperationsfreiheit, ohne Beschränkung der Arbeitszeit, ist es erklärlich, daß sie auf eine große Zahl von Streiks zurückblicken.

Amerikas Rheinlandtruppen bleiben.

Wie die "Chicago Tribune" aus Washington meldet, hat das amerikanische Kriegsdepartement das in Belgien verbreitete Verbot der Amerikaner, wonach Amerika seine Truppen am Rhein abberufen würde. Die Lage der amerikanischen Besatzungsgruppen habe sich nicht verändert und die amerikanische Regierung diente nicht daran, diese zurückzuziehen.

Aus der Provinz Schlesien.

Erleichterungen für die Einreise nach Oberschlesien.

Aus dem Wahlreglement für die Abstimmung in Oberschlesien enthält der Artikel 54 wichtige Bestimmungen über Erleichterungen für die Einreise. Wir geben ihn daher wörtlich wieder:

1. Den Personen der Kategorie I und C (gebürtige Bewohner und nicht gebürtige Bewohner, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz außerhalb Oberschlesiens verlegt haben) wird ein gleichzeitig als Pass dientender Passierschein ausgestellt, wenn sie bei dem partizipativen Auskunfts des Ortes, wo eingetragen sind, ein entsprechendes Gesuch einreichen. Dieser Passierschein, der mit dem Sichtnernmerk der französischen Konularbehörde nicht verfehlt zu sein braucht, ermächtigt zur Einreise in Oberschlesien bis zu dem Tag der Abstimmung. Den Ausgewiesenen (Kategorie D) wird ein ähnlicher Passierschein ausgestellt. Diese Passierscheine gelten gleichzeitig als Passepartout.

2. Den Personen der Kategorie B (gebürtige, aber nicht aussätzige Personen) wird von partizipativen Auskunfts des Ortes, in dem sie eingetragen sind, sobald ihre Eintragung endgültig ist, ein Passierschein, der auch als Wahlkarte dient, ausgestellt. Dieses gleichzeitig als Pass dientende Schriftstück braucht nicht mit dem Sichtnernmerk der französischen Konularbehörde verfehlt zu sein. Es ermächtigt zur Einreise in Oberschlesien nur im Laufe der 12 Tage, die dem Tag der Abstimmung vorausehen.

3. Die Personen, deren Gefährdungsstatus oder deren Geschäftlichkeit eine Begleitung nötig macht, können für ihre Begleiter einen besonderen Passierschein, der nicht mit dem Sichtnernmerk der französischen Konularbehörde verfehlt zu sein braucht, erhalten. Zur Erlangung dieses Schriftstückes muß an das Interalliierte Bureau des Kreises, in dem der Stimmberechtigte abstimmen soll, ein entsprechendes Gesuch eingebracht werden.

Graf Oppersdorf-Ober-Glogau

schildt uns eine längere Zusage, in welcher er den Generaldeutschmächtigen des Grafen Tiefe-Windler im Schuh nimmt. Die polenfreudige bzw. „neutrale“ Habe des Generalsenats mächtigten bei aller dem Grafen des Grafen gehalten worden und nicht hochverräterisch gewesen.

Graf Oppersdorf selbst ist nicht der Mann, der andere in Schutz zu nehmen hat. zunächst muß er sich selbst rechtfertigen, was er in seiner Zusage für später anstrengt, ehe er als Entlastungszeuge für andere ernst genommen werden kann.

Geleitwort zum 6. Orchesterkonzert veranstaltet vom Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft am 2. März 1921.

Richard Wagner ist der Angelpunkt der modernen Musik, der Meister, an dem sich die Geister schieden. Ignorieren kann über kein moderner Komponist; es sind nur zwei Möglichkeiten denkbar: entweder man schwört auf das von Richard Wagner aufgestellte Evangelium und schafft in einem Weite weiter, oder man sucht der erdrückenden Konkurrenz mit den Werken des Beethoven-Meisters aus dem Wege zu gehen, indem man seine Theorien auf die von ihm nicht kultivierten Musigtätigungen überträgt. Die geistige Nachkommenchaft Richard Wagners ist überzeugt an Berlinseiten in beiden Spielarten. Die Flat des althergebrachten Musiktheaters im Stile Wagners ist heute verloren, sie findet interessanter die Kennzeichen der Zeit, aber nicht von Ewigkeitswert. Vertreter sind die Versuche, unter dem Leitstern Richard Wagners wenig betretene Seitenfäden einzuschlagen und auf diese Weise die Originalität zu wahren. Der musikalische Nachwuchs, der im letzten Orchester-Konzert zu Wort kommt, ist recht aufschlußreich in seinem Verhältnis zu Richard Wagner.

Naz Schillings wandelt in seinem musikdramatischen Erklären wie die Mehrzahl seiner Weggenossen, z. B. Richard Strauß, auf den Spuren seines Vorbildes. Den Komponisten der "Ingwelle", eines ostnorwegischen Sagenstoffes, hat man leichtfertig als Wagner-Paganini abgetan. Die weitere Entwicklung Schillings ist charakterisiert durch das Betereiben, das Abhängigkeitsverhältnis der Wagner-Gegebenheit zu lösen. Schillings ist von Haus aus ein starker Dramatiker, den es mit Naturnotwendigkeit zur Bühne drängt. Der "Ingwelle" folgte 1899 "Der Fliegende Holländer", ein großes Spiel aus dem farbenreichen, buntbewegten Mittelalter zur Blütezeit des gewerblichen und auch musikalischen Kunstgewerbes. Sein drittes Bühnenwerk "Der Holoch", nach Fr. Hebbels Jugend zeigt Schillings im Holländer reicher Meisterhaft. Wenn die "Mona Lisa" einen stärkeren, äußeren Erfolg hatte, so liegt das Hauptfachlich an der nervösen Spannung des Textes. Von den zahlreichen, nicht für die Bühne berechneten Werken Schillings ist das "Herculanum" die meiste Verbreitung gefunden. Es ist geradezu der typische Vertreter der Gottheit des Melodramas, d. i. Verbindung des gepredigten Wortes mit bestreitender Wirkung. Dramatisches Schwung und vordende Illustration des Textes durch das klangerdiglich behandelte Orchester sind die Hauptzüge von Schillings vornehmstem Meisterwerk.

Obwohl Gustav Mahler in seiner Tätigkeit als Theaterkapellmeister an den bedeutendsten Kulturstädten (Prag, Leipzig, Budapest, Hamburg, Wien und Neugier) reichlich Gelegenheit ge-

Der erweiterte Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens

trat am Sonnabend im Gewerkschaftshaus in Breslau zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Genosse Scholz, erörterte in einem längeren Referat zunächst die Lehren des Wahlkampfes. Die Ergebnisse im Mittelschlesien hätten unsere Erwartungen noch etwas übertroffen. Aus der Landarbeiterkammer, die diesmal von den Gegnern in einigen Kreisen, besonders Steinau, teilweise erfolgreich ihre gejüngert sei, wären aber das nächste Mal sicherlich noch weitere Stimmen für uns zu gewinnen, wenn die Parteiarbeit jetzt sofort kräftig wieder einsetzt.

Zur Regierungssitzung nahm Genosse Scholz unter der Zustimmung der Versammlung in folgender Weise Stellung: Die Mehrheit der alten Koalition richte aus, zumal die 25 unabhängigen Stimmen im Landtag sich sicherlich nicht immer gegen eine sozialdemokratisch-demokratische und Zentrumsmehrheit wenden würden. Eine rein bürgerliche Regierung wäre nur unter Einschluß der Deutschnationalen möglich. Eine solche auszuführen, haben wir gar kein Interesse. Die Aufnahme der Volkspartei in die bisherige Koalition kommt für uns nach dem bisherigen Wahlergebnis gar nicht in Frage.

Der Referent erörterte dann die nächsten Aufgaben des Provinziallandtages, dessen Vertagung durch besonderes Gesetz mit Absicht auf die österreichische Abstimmung zustande kommen wird. Von den sechs Mandaten zum Staatsrat würde die Sozialdemokratie zwei in Anspruch zu nehmen haben, ebenso als stärkste Fraktion den Vorstoss des Provinzialausschusses.

Im Provinziallandtag wie in den Kreistagen werde unsere Partei sich vor allem energisch an der Arbeit der Ausschüsse und Kommissionen zu beteiligen haben. Genosse Scholz erörterte dann eine Reihe von Einzelfragen der Agitation und Organisation.

Ergänzend berichtete hierzu Genosse Janotta, der sofortigen Beginn neuer Mitgliederwerbung und neuer Agitation für die Presse empfahl. Die Berichterstattung der Parteipresse müsse durch die Organisationen noch besser unterstützt werden.

Energische Unterstützung bedürfen die uns nachstehenden Beauftragten im Bezug auf den Innenminister, Botschaft und Terror der rechtstreibenden Kreise. Die Finanzverhältnisse des Bezirks liegen infolge der gestiegenen Anforderungen zu wünschen übrig. In der Ausprache beteiligten sich die Genossen Jappa, Waldenburg, Müller-Silesia, Zwierzynski, Deutsch-Döb, Th. Müller, Grawig, Madsch-Breslau, Breslau-Brieg, Rabsch-Trebnitz, Peter-Wilsch, Wendemuth-Waldenburg, Birnbaum-Breslau, Hojenski-Bernstadt, Nieddermayer-Neutrade, Winzer-Breslau, Zimmer-Brieg. Allgemein wurde man sich gegen ein Zusammengesetztes mit der Volkspartei, das unserer Partei jeden Erfolg in der Regierung nehmten würde.

Eine Reihe des Redner aus dem Bezirk berichtete über neue Rüstung der Orgeln und Balkenwerke, worauf wir an anderer Stelle des Blattes noch hinweisen.

Genosse Scholz empfahl im Schlussswort, eine rote Woche nach dem Mußer Breslau im ganzen Bezirk durchzuführen. Er unterstützte den Wunsch nach frühzeitigem Schluß unter Aufsicht stehenden Beamten im Bezirk, deren Führung durch den Terror der rechtsparteilichen Kreise er befehligte. Gegenüber den Delegationsfragen empfahl er große Vorsicht und prompte Berichterstattung an das Bezirkssekretariat.

Anschließend erfolgte die Wahl einer Frauensekretärin für den Bezirk. Hierfür wurde die gutempfohlene Genossin Zülz in Aussicht genommen.

5. Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ferner ein: Sust 10 M., Distrikt 10: 45 M., Möbelschiff Ernst d. Seidel 47,20 M., Liste 300 und 319 Haase Brauerei 288 M., Liste 274 Staats-Amt 14,50 M., Liste 219 d. Schlauchfabrik 100 M., Liste 99 Distrikt 27 d. Schuler 72,50 M., Liste 78 v. Meiners d. Schubert 205 M., Liste 426 d. Kaluga 32 M., Liste 214 Kreis-Eisenb. B.W.A. IVa Abtg. Lot. 53 M., Liste 215 Kreis-Eisenb. B.W.A. IVa Abtg. Lot. 17,50 M., Liste 248 v. Gen. d. Schiffs-Brauerei 200 M., Liste 290 Gil. B. Gasanstalt Bresl. Ost 129,40 M., Liste 51 d. Otto 42,50 M., Buchholz 5 M., Schwarz 20 M., Griesch 5 M., K. Kitchner 15 M., Brunnen 20 M., Kloppig 5 M., Langmarg 50 M., Feige 30 M., Liste 312 d. Haase 30 M., Liste 333 Orenstein und Koppel 91 M., Liste 446 Bräunchenver. d. Klempn. 26 M., Liste 142 d. Neumann 163 M., Liste 148 d. Liebig 92 M., Liste 247 Stadt. Straßenb. Bahnh. VI 118,80 M., Horn 50 M., Görlitz 20 M., Textilfabr. Betriebsver. 37,05 M., Liste 168 Straßenb. Depot II e. 148 M., Liste 237 Hydrometer v. Schladet 66,50 M., Liste 238 hydrometer d. Schlauch 111,50 M., Postbeamten-Versammlung Wilhelmsburg 109,50 M., Beder 5 M., Lachmann 8 M., Berl. Entrée Gil. v. Krempfingen 175,80 M., Liste 385 d. Tschauner 117 M., Liste 419 d. Siedlerei 54 M., Wittmann 10 M., Liste 10 M., Kluge 52 M., Berl. Entrée Eisenb. Berl. „Sansouci“ 94,80 M., R. Sauer 6 M., Fröhlich 5 M., Bloddruck. Verband 40 M., Telleri. d. Wafferver. 57,55 M., Ueberhaupts Krauskopf Kürma Wahlauer 30 M., Witte 50 M., Telleri. Güterabf. Oberort

hätte, Anregungen zum Opernschreiben nachzugehen, hat er es vermieden, sich dem Vergleich mit Richard Wagner auszusetzen und hat sich mit zäher Konsequenz auf die Sinfonie gestützt, in der geheiligten Neunzahl Beethovens erreichend. Die Gegner Wagners haben ihm zu seinen Lebzeiten vorgeworfen, daß er seine Erfolge als Komponist in erster Linie seiner außerordentlichen Begabung als Dirigent verdanke. Wenn Mahlers durch ungünstige Länge und dieviel durch Herauszogung von Singstimmen nach dem Muster von Beethovens Requie: auffallende sinfonische Werke gegenwärtig mehr und mehr an Boden gewinnen, so kann man Wagner nicht nur als geschickten Nachahmer erledigen. Als Probe von Mahlers reicher Erfindungskraft enthält das Programm den langsamem (vierten) Satz aus den fünf Sinfonien, ein Stück von einer frischsinnlichen Intimität und Heiterkeit, von der der österreichische Dichter Hermann Bahr sagt, daß sie alles Leid der Welt in sich hat und weiß, daß sie nur aus dem eigenen Willen kommt.“

Gward Grieg ist ein musikalischer Außenseiter, der so ganz eigene Geschäftswelt zur Schau trägt, daß man ihn nicht so bald mit einem andern Komponisten verwechseln kann. Seine Ausbildung erfuhr der 1843 in Bergen geborene Norweger auf dem Leipziger Konservatorium durch Wohldeiss, Hauptmann, Richter, Reincke u. a. Von entscheidender Bedeutung für seine Entwicklung wurde aber sein Zusammentreffen mit einem genialen jungen norwegischen Komponisten Richard Nordraak über das sich Grieg selbst aufzert: „Es fiel mir wie Schuppen von den Augen; erst durch ihn lernte ich die nordischen Volksweisen und meine eigene Natur kennen. Wir verschworen uns gegen den bösehaften Nordischen verwischten meidlichen Standpunkt und schlossen mit Begeisterung den neuen Weg ein, auf welchem die nordische Schule sich jetzt befindet.“ Der 26jährige Dän. Niels Gade war 1843 mit einer Sinfonie im Leipziger Gewandhaus zu Wort gekommen, deren nordischer Charakter Schumann in hellen Stücken verlegt hatte. Später aber ließte Gade immer mehr auf das nationale Geschehen angewiesen, eine internationale Musiksprache verzichtend. Grieg mit voller Absicht mit voller Absicht auf die nordischen Realitäten des Landes. Von den zahlreichen, nicht für die Bühne berechneten Werken Griegs ist das „Herculanum“ die meiste Verbreitung gefunden. Es ist das breite Verbreitungsfeld des nordischen Komponisten Nordens. Der Begriff „norwegische Sinfonie“ ist nicht so sehr mit dem Begriff „norwegische Sinfonie“ als mit dem Begriff „norwegische Sinfonie“ verbunden. Das heißt, daß Grieg die Sinfonie nicht als norwegische Sinfonie verstanden hat, sondern als norwegische Sinfonie verstanden hat. Das heißt, daß Grieg die Sinfonie nicht als norwegische Sinfonie verstanden hat, sondern als norwegische Sinfonie verstanden hat.

80,50 M., Frauendorf, Distrikt 6: 50 M., Frauenver. Distrikt 13: 27,55 M., Sektion d. Kinoangestellten 225 M., Rob. Karas 10 M., G. Frey 50 M., P. Görlitz 10 M., P. Zimmer 20 M., R. M. 25 M., Kochert 6 M., Fiedler 20 M., Liste 314 Giebel, Straß. Gräßsch. Fabriker. d. Fleischer 1'0 M., Liste 140 Kanal- und Pumpwerke 126 M., Liste 29 v. A. V.: 46 M., Liste 294 Firma Röderbaum 60 M., Liste 206 v. L. W. Wagenb. Böpelwitz d. Lange 81 M., Liste 217 v. d. Arb. Gebr. Bauer 78 M., Liste 218 v. d. Arb. Gebr. Bauer 32 M., Liste 105 Distrikt 14 d. Janisch 140 M., Liste 349 d. Juchs 17 M., Liste 138 Bamie und Annwär. Berlin. Ant. II 42 M., Liste 392 Buchdruck. W. G. Korn 10 M., Liste 410 Heckmann Gräßsch. d. Wohl. 84 M., Liste 409 Heckmann Gräßsch. d. Wohl. 29 M., Liste 388 Hutart. Verh. 26,50 M., Liste 411 Wohl. II. 16 M., III. 17 M., Ladenzrei 58,50 M., Liste 98 v. Steinschl. 69,50 M., Liste 199 v. Sachser 10 M., Liste 478: 36 M., Liste 418 Giebel. W. Scheibenweg 116,50 M., Frauendorf. Distrikt 27: 40 M., Frauendorf. Distrikt 28: 30 M., Frau M. 10 M., Fisch. M. Wenzel 100 M., Distrikt 29: 65,50 M., Siegwana 10 M., Liste 480 Markt. Germ. Abtg. I. Ost 42 M. und 44 M., Liste 305 Schwerin und Söhne Wetzler 45,05 M.

Gelder für den Wahlfonds werden im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses, 2. Stock entgegengenommen.

Sämtliche noch ausstehenden Sammelstellen müssen umgehend abgeschlossen werden.

Nob. Herrmann, Partei-Sekretär,
Telefon 5652, Postcheckkonto 31 158.

Johann. Ein entsetzlicher Unfall. Der in der Spatze in Strzelitz beschäftigte Heizer Fritz John aus Strzelitz suchte das Räderwerk zu schmieden, während die Maschine im Betrieb war. Der Unglücksdiener wurde in das Räderwerk hineingezogen und das Fahrrad zerquetschte ihm den Schädel. Erst später wurde er in der weiterlaufenden Maschine zerstört aufgefunden.

Schweidnitz. Was alles getan wird. Gemeinsame Beschlüsse sah die Schweidnitzer Stadtvorordneten-Versammlung zur Behebung der Wohnungssucht. Die Stadtvorordneten-Versammlung genehmigte die Bereitstellung von 10.000 Mark für Prämien an diejenigen Einwohner, die eine Wohnung frei machen. Es werden für jede Wohnung 300 bis 500 Mark als Prämie gezahlt, wenn der Fortzuhause nicht verpflichtet, innerhalb fünf Jahren keine neue Wohnung in Schweidnitz zu beanspruchen. Gleiche Prämien werden gezahlt, wenn verschiedene Familien, vielleicht Verwandte, zusammenziehen und dadurch ebenfalls Wohnräume frei machen.

Langenbielau. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich Freitag in der großen Färberei bei Franz Rothenberger. Kurz nach Arbeitsbeginn explodierte ein Färbekessel, und zwar rissen die im Kessel entzündeten Wasserdrähte den Deckel empor, so daß sich der steibende Inhalt über die an dem Platz beschäftigten Arbeiter ergoss. Sie erlitten schwere Verletzungen. An dem Aufkommen eines der schwerverletzten Arbeiter wird gezwungen, drei besonders schwer verbrühte Arbeiter wurden dem Krankenhaus eingeliefert.

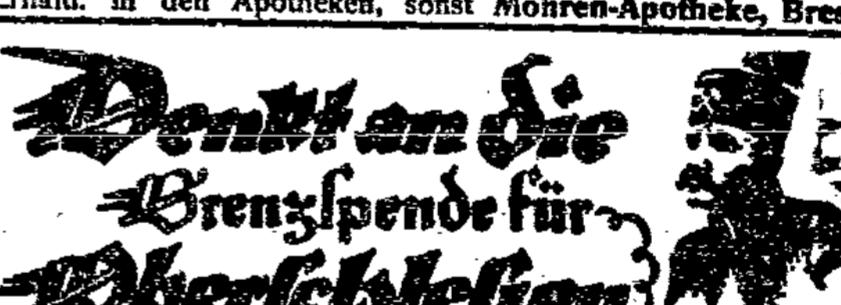
Beuthen. Polnischer Wahltag. Am Sonnabend vormittag versuchten Polen in das deutsche Pleißtal kommunistisch in Beuthen einzudringen. Wie bereits am Freitag, haben auch am Sonnabend wieder polnische Banden versucht, die deutschen Feuerwehrleute zu überfallen. Die Feuerwehr flüchteten zu dem Verband der Heimattreuen. Die Abstimmungspolizei griff mit Verstärkung ein. Schwerere Verleihungen sind bisher nicht festgestellt.

Bereinstalender.

Arbeiterporträts. Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, Vollstreckung im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung.

Atrabilin-Schnupfenpulver hilft sofort

Schachtel 2.—Mark 1303
Erhältlich in den Apotheken, sonst Mohren-Apotheke, Breslau



Heimatkunst. Er lebt sozusagen die Natur Norwegens in Kunstsinn. Die fantastischen Zauber des Nordlichts und der Mitternachtssonne ist die heile Majestät des Meeres, der Fjords, der tosenden Wasserfälle und verblüffenden Bergseen, die eisige Höhe und erstaunte Größe der Nordlandseen, sie dichtet es in seine Lieder.

— g — h.

Konzerte.

Das Konzert, das am Freitag an Gunsten der Grenzlandschaft Oberschlesiens stattfand, war ein künstlerisches Ereignis. Herr Dr. Felix M. Gag, Berlin, stellte sich als Dirigent von hoher Qualität vor. Vollendetes, technisches Können, sichere Beherrschung des Orchesters, Vornehmheit und Größe der Interpretation zeigten ihn aus. Wichtig und majestätisch erklang das Meistersinger-Spiel von Wagner, eine wirkliche Eroica war die 3. Sinfonie von Beethoven. Herr Adolf Lötzen sang das Preislied und „Langt an“ aus den Meistersingern. Hier hätte die Begleitung durch das Or

KOMÖDIE
Viktoriatheater
auf der Kaiserstrasse 101.
Der Mann ohne Namen: 11 Akte.
Stadt-Theater.
Montag 7 Uhr:
Tiefgang.
Dienstag 7 Uhr:
Carmina.
Mittwoch 7 Uhr:
Die Feuerzangenbowle.
Lob-Theater.
Montag 7½ Uhr:
Wallerstein.
Montag 7½ Uhr:
Die Fackel ins Blaue.
Theater-Theater.
Montag 7½ Uhr:
Grauenflocken.
Dienstag 7½ Uhr:
Grimmherzen (Gefährte).
Regisseur: Der letztere Captain.
Schauspielhaus.
Operettentheater. Tel. Ring 2545.
Heute u. täglich 7½ Uhr:
Die blaue Maus.
Mittwoch 7½ Uhr:
Der letzte Walzer.
Samstag nachm. 8½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Lieblich Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Illeneis Löwen
und das glänzende
Februar-Programm.
Sallier Union - Tel.
Zeltgarten
Montag Morgen 7½ Uhr.
Letzter Abend.
Die glänzenden Spezialitäten,
vollständigliche
(20050) Eintrittspreise.
Ab morgen:
Beginn der großen
Blaufarnt-
Konkurrenz!
Nth. s. Anschlagzettel.
Galerie Schauburg
Sitzung, Überabteilung
(Sitzung 10 Uhr)
Schweda, Silberstraße 14.
Schauburg
Victoria-Theater
Neue Tuchenhäuser Straße
Programm-Dauer 3 Stunden!
Anfang 5 Uhr
Filmschau: 3 Erst-Aufführungen!
13 Liebesnächte
aus dem früher verboten gewesenen
Dekameron von Boccaccio.
4 Akte.
In der Hauptrolle: Ion von Lautensack,
eine d. "schönsten" Frauen von Ungarn.
Liebesnächte: Der Wunderdoktor oder d. Schmetterling.
2. Wenn zwei sich strecken.
Was nicht mir ein schöner Garten.
... wunderschön.
Andere durch spärliche
Zettel geben.
K. A. Ausgaben: Eintrittspreise: Der 2½
Cowboy-Milliardär
Schauburg - Wochentheater
Theater-Schule: Heute letzter Tag!
Prestwich: Einzelne:
Paul Rainier
mit seinen Freunden
in den Deutschen-Schule
12 Akte.
Spitzkehre
in Paul Rainier
Die Brigandin von Sizilien
12 Akte.

HALPAUS-RARITÄT

Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette

DK

Theater
Beginn: 5 Uhr.

Heute unwider-
stehlich letzter Tag!
3 Erstaufführungen!

John Long 3 Akte

Der Dieb oder
Die Jagd um
Tod oder Leben

Heute unüber-
stehlich letzter Tag!
3 Erstaufführungen!

Zuchthausketten

oder:
Tragische Folgen
einer Liebesnacht
5 Akte.
A. Müller-Licke
in:
Die Dallasebraut

Achtung!
Ab morgen
ermäßigte
Preise

3, 4, 5 u. 6
Mark

Kein Laden!
nur I. Etage. Daher billig.
Sonder-Angebot für den Osterbedarf
Wir verkaufen
solange Vorrat reicht
In eigenen Werkstätten gefertigte

Herren-Anzüge
Herren-Sportpaleto
Herren-Raglans
Jünglings-Anzüge
Konfirmanden-Anzüge
Kinder-Anzüge

Jedem, selbst dem **Aermsten** ist
Gelegenheit geboten, sich billig,
jedoch gut einzukleiden
Niemand versäume daher dieses Angebot!

Bilek & Adamkiewicz
Friedr.-Wilhelm-
Straße 105, I. Etg.
Breslau 6

Haltestelle: Linie 5 und 6
direkt vor dem Geschäftshause Striegauerplatz

Dominikaner!

1 bis 10 Breslau
Dominikaner, Schwarzen-
2007
Zeil kommt, jeder Platz
mit einer Seite einer Seite!

Anzugstoffe

Damen-Kostüm- u. Mantelstoffe

Totaler Ausverkauf
wegen vollständiger Aufgabe des Geschäftes

Das noch gut sortierte Lager und noch in Nota habenden Waren kommen zum Verkauf
Das gesamte Lager muss anderer Unternehmen wegen bis 1. Mai geräumt sein

Seltene Einkaufsgelegenheit!

Tuchgroßhandlung

Theodor Angress

Breslau 13

Körnerstraße 6-8, I. Etage

2008

Cutaway-, Smoking- u. Frackstoffe

Söhlde Herrenkleidung

mit Stoffen, bei
höchster Qualität und geringer
Unterhaltung oder
Abreinigung, großer Schnell-
heizung, Kopftuch, Nadeln,
Lampenlicht, Vollkommen
verschließbar und
festlich ausgestattet!

50 Tabletten NL 150
Oberhol erhältlich!
Schnellheizung, Deckenheizung,

Jaschonek & Kleiner, Gutsheizung, Deckenheizung,

Möbel

aus Kasten,
einfache Stücke,
große Einrichtungen,
beste Arbeit, auch
gegen bar, empfohlen
Karschky & Co.

Breslauer
Hallenbad.

Schwimmhalle für Frauen und Männer, Dampf- und
Heißluftbäder, elektrische Sauna, Wasserfälle mit
Salz, Sprudelbäder, Sauna, u. a., Rehlesecke
und Saunakabinen, Waffage.

Die Halle ist von Dienstag bis 1. März, ab
sonstige Öffnungszeit von 8 Uhr bis mittags 12
Uhr abends geöffnet.

Der Vorstand:

Rudolph Balhorn

Seifen- und Parfümerien-Fabrik

Toilette-Pflege

Parfümerien

Vorstandsstelle:

Telefon: 4-20000, 4-20001, 4-20002, 4-20003

Montag, 8-9 Uhr, Dienstag, 8-9 Uhr, Mittwoch, 8-9 Uhr, Donnerstag, 8-9 Uhr, Freitag, 8-9 Uhr, Samstag, 8-9 Uhr, Sonntag, 8-9 Uhr.

Toilette-Seife

EINFACHE MÖBEL

mit Möbeln und Einrichtungen zu niedrigen Preisen
Preise gültig vor einer vorherigen Bestellung

Telefon: 4-20000, 4-20001, 4-20002, 4-20003

Montag, 8-9 Uhr, Dienstag, 8-9 Uhr, Mittwoch, 8-9 Uhr, Donnerstag, 8-9 Uhr, Freitag, 8-9 Uhr, Samstag, 8-9 Uhr, Sonntag, 8-9 Uhr.

Sturm 100

Montag, den 28. Februar 1921.

Beilage zur Volkswacht

Montag, den 28. Februar 1921.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. Februar.

Sozialdemokratischer Verein.

Morgen Dienstag, den 1. März, abends 7½ Uhr, im Saal zum „Dreifstrom“, Uferstraße 48, eine Minute vor der Feierlichkeit

Besammlung sämtlicher Partei-Funktionäre.

Sehr wichtige Tagesordnung! — Eintritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches und der mit Nummer und Stempel versehenen Funktionärtuswels-Karte.

Freitag, den 4. März:

Parteimitglieder-Besammlung.

Rüheres wird noch bekannt gegeben.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Die nächste Besammlung findet Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses statt. Beschlußfassung über verschiedene Angelegenheiten.

Elternbeiräte. Heut abend 8 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses Sitzung des Vorstandes, der Elternbeiräte und des Parteivorstandes.

Zur 50-Jahrfeier der Linke-Hofmann-Werke.

V. Ernst Zahn.

Die öton nische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Prinzip der Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen beschleunigten Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Dieser erste Absatz des Früheren Parteiprogramms wird durch die rapide Entwicklung der gewaltigen Linke-Hofmann-Werke, die am 28. Februar ihr 50jähriges Bestehen feiern, geradezu glänzend bestätigt. In dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 50 Jahren haben sie sich vom handwerksmäßigen Betrieb zum größten kapitalistischen Unternehmen des östlichen Deutschlands emporgeschwungen. Im letzten Jahrzehnt sind ihm auch noch mehrere andere hochentwickelte Unternehmen angegliedert worden, nachdem schon im Jahre 1897 die Breslauer Maschinenbauanstalt mit übernommen worden war. Im Jahre 1912 erfolgte die Vereinigung mit der Waggonfabrik G. Hofmann an der Holsteistraße. Fünf Jahre später übernahmen die Werke auch die Waggonfabrik Herbrand in Köln-Ehrenfeld und im vorigen Jahre auch noch die Hünnefische Maschinenbauanstalt in Wermuthen. Damit ist aber die „Monopolisierung der Produktionsmittel“ durch die Gesellschaft noch nicht abgeschlossen. Schon beginnen die Werke den größten Teil der Aktien der Fabrik Bauhammer und weitere Ansiedlungen werden wahrscheinlich folgen. Die Konzentration des Kapitals marschiert.

Die ungeahnte Entwicklung des Transportwesens in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war die Voraussetzung für die Errichtung solcher kapitalistischer Riesenbetriebe und die Zusammenfassung von Produktionsmitteln durch eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kapitalisten. Natürlich sind durch diese „ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft“ Hunderte von Handwerksbetrieben untergegangen, Tausende nicht erst zum Entstehen gekommen. Hätte die kapitalistische Produktionsweise nicht auch das Transportwesen revolutionieren, von Gründ aus umgestalten müssen, dann wären zahlreiche Kleinbetriebe im Wagenbau, — Stellmacher, Schmiede, Sattler, Lackierer — nötig um die erforderlichen Transportmittel herzustellen und in Ordnung zu halten. Ein Heer von Fuhrleuten müßte vorhanden sein, um die Rohstoffe und Waren ihrer Bestimmung zuzuführen und die Nahrungsmittel für die Bevölkerung herbeizuschaffen. Kann man sich heute einen solchen Zustand überhaupt noch vorstellen? Kann man sich heute denken, daß es ohne die Eisenbahnen möglich wäre, die Bevölkerung auch nur mit den nötigen Hausratshilfen zu versorgen?

Aber die zerstückelten Kleinbetriebe werden nicht nur durch solche Großbetriebe verdrängt, hand in hand damit geht auch die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine“ zu deren Herstellung die Schaffung einer ganz neuen Industrie notwendig war. Der Hammer des Handwerkers wurde zum Dampfhammer, der mit einem Hebeldruck in Bewegung gesetzt wird und 50, 100, ja 1000 Zentner schlägt und glühende Eisenblöcke von großem Gewicht spielerisch leicht bearbeitet. Die Maschinen der Großindustrie schneiden Eisen wie Brot, stanzen, biegen, bohren, feilen und drücken es wie Pappi in jede gewünschte Form. Lokomotiven, Schiffsdampfmaschinen, Fördermaschinen für Bergwerke oder auch Eisenbahnwagen, können in handwerksmäßigen Betrieben nicht mehr hergestellt werden. Hierzu sind Geldmittel, Maschinen, Werkzeuge und Arbeitsräume erforderlich, die das Handwerk nicht besitzt. Nur handwerksmäßigen Betriebe können sich aber nicht zu Großbetrieben entwickeln, ebenso wie nicht jeder Soldat den Marschallstab in seinem Tornister tragen kann. Deshalb „immer größer wird die Zahl der Proletarier.“ Die Linke-Hofmann-Werke beschäftigen rund 11 000 Angestellte und Arbeiter und der allergrößte Teil zählt sich natürlich mit Stolz zu den Kämpfern der Sozialdemokratie. Als ausgelöste Arbeiter und Angestellte wissen sie nur zu gut, welche politische Partei ihre Interessen vertreten, bzw. vertreten kann.

Die Umwandlung der hochentwickelten kapitalistischen Großbetriebe in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in soziale Wirtschaft für und durch die Gesellschaft betriebs Produktion, steht hier auf keine technische Schwierigkeit an. Die Expropriation der Großindustriellen, wie Karl Marx sagt, oder die Sozialisierung, wie wir es heute nennen, ist eine der dringendsten Forderungen des kommenden Proletariats. Werden erst einmal die Folgen des furchtbaren Krieges besiegt sein, kann sich auch für die Arbeiter eine neue bessere

Zeit anbrechen. Von der Sozialisierung bis zur vollständigen Herrschaft des Sozialismus ist es nicht mehr so weit, dann werden sich die prophetischen Worte Karl Kautsky's in „Karl Marx' Ökonomische Lehren“ erfüllen:

„Nachdem sich uns diese Ausblicke in die Zukunft eröffnet, dürfen wir wohl versichern dem System der Maschinerie und Großindustrie gegenüberstehen. So unermöglich auch die Leiden sind, die es auf die arbeitenden Klassen wirkt, so sind sie wenigstens nicht vergleichbar. Wir wissen, daß auf dem Felde der Arbeit, das mit Millionen von Proletarienleichen gebüntet worden ist, eine neue Saat ausspielen wird, eine höhere Gesellschaftsform ist. Die Maschinenproduktion bildet die Grundlage, auf der ein neues Geschlecht sich entwickeln wird. Fern von der einseitigen Beschränktheit des Handwerks und der Manufaktur. Nicht der Sklave der Natur wie der Mensch des zwielijigen Kommunismus. Nicht geistige und körperliche Kraft und Schönheit mit der Unterdrückung reicher Elanenherden erkauft wie das klassische Altertum. Sonder ein Geschlecht, harmonisch entwickelt, lebensfreudig und geruhsam, Herr der Erde und der Naturkräfte, alle Mitglieder des Gemeinwesens in brüderlicher Gleichheit umfaßt.“

Drei Kappverbrecher vor den Richtern.

Heute begann vor der Breslauer II. Strafkammer der Prozeß gegen die Kapphelden, die ihre Tätigkeit in der sogenannten Falterkammer im Generalstammand ausgeübt. Hier hat einer den anderen an Roheit zu überbieten versucht. Trotzdem die Voruntersuchung erstaunendes Material gegen sie ergab, stellen die Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Mißhandlungen in Abrede.

Die Anklage nimmt an, daß die Angeklagten nicht aus politischen Beweggründen heraus, sondern lediglich aus Roheit handelten. Wohl herrschte während der Kappnacht eine außergewöhnliche Erregung, die einerseits aus die politischen Ereignisse, andererseits auf Angriffe der Zivilbevölkerung gegen Truppenenteile zurückzuführen war. Diese Erregung kann jedoch den drei Angeklagten deshalb nicht zugute gehalten werden, weil sie als Spieler und Wachmannschaften mit der in Tätigkeit und auf der Straße befindlichen Truppe nichts zu tun hatten, sondern lediglich in einem Hintergebäude des Generalstammand ihren Wachdienst versiehen, ohne Angriffen und Belästigungen durch die Zivilbevölkerung ausgesetzt zu sein oder sonst überhaupt mit ihr in Verbindung zu treten.

Die Mißhandlungen haben einen Grad erreicht, der das gewöhnliche Moth in erheblicher Weise überschreitet.

Wie von den Gefangenen stützen infolge der Schläge zu Boden und blieben bewußtlos liegen, was jedoch die Peiniger nicht hinderte, ihre Mißhandlungen fortzusetzen. In vielen Fällen wurden die Gefangenen wieder augerichtet und weiter geschlagen, bis sie von neuem ohnmächtig fielen. Selbst Leute, deren Verlegerungen bereits durch Sanitätsmannschaften verbunden worden waren, sollen nach ihrer Rückkehr in den Gefangenenzimmer weiter mit Schlägen bearbeitet worden sein.

Die Leute, die dort eingefangen wurden, sollen sich vielmals einer über den anderen gewundert haben, daß sie mit dem Leben davonkamen und den Peinigern nicht unter den Händen wegstarben.

Weithin waren die Säcke der Mißhandelten unnehmbar und viele haben die Folgen der Mißhandlungen heute noch nicht völlig überwunden.

Die Mißhandlungen wurden von rohen Bemerkungen und höhnischen Redensarten begleitet. Um besser schlagen zu können, sollen sie die Kote ausgezogen und die Arme hochgeholt haben. So soll der Angeklagte Oberjäger Wilhelm Biskup sich damit gerühmt haben, daß er „am meisten zu tun habe“ und zu seinen Kameraden sagte er: „Der Kerls feid ja schlapp; immer jetzt! Ich muß ja ganz allein arbeiten.“ Oftmals soll dieser Angeklagte auch Rufe gefangen haben:

„Schlagt den Kerl tot!

Er darf nicht mehr leben herauskommen, schmeißt ihn zum Fenster hinaus.“ Auch äußerte Biskup zu den Eingelieferten: „Ihr kommt jetzt in die Schule, in die Falterkammer. Ihr mußt Bildung genießen, ich werde Euch Bildung beibringen.“

Der Angeklagte Offiziersstellvertreter Max Waller begann seine Qualereien häufig mit den Worten: „Ich werde Dich etwas dressem.“ Waller soll auch versenige gewesen sein, der die Posten zu Mißhandlungen zwang und anfeuerte. Als dritter beteiligte sich der Unteroffizier Martin Bresska. Auf die Gefangenen wurde mit den verschiedenartigsten Gegenständen eingeschlagen, mit Gummitropfeln, einer eisernen Stange, einem Hammer, Peitschen, Handgegatten, Stöcken, Koppeln usw.

Aber auch auf andere Art wurden die Eingesetzten gequält. Sie wurden gezwungen, bis zu 12 Stunden in unbeweglicher Stellung mit dem Gesicht gegen die Wand zu stehen; Trinkwasser und das Ausstreichen wurde ihnen verweigert. Weiterhin wurde ihnen unter Hohnreden die Vollziehung des angeblich gegen sie ergangenen Todesurteiles angedroht.

Belegt war die in Frage kommende Wachstube von Spielstätten und Stabsordonanzen des Kreitörps Breslau. Wachhabender war der Angeklagte Waller.

Unter den 71 Zeugen, befinden sich 38, die in das Generalstammand eingeliefert worden waren; von diesen sind 14 in der angegebenen Weise mißhandelt worden. Die Vernehmung dieser Zeugen wird entsetzliche Einzelheiten zutage fördern.

Um allen eventuellen Vorwissen zuvorzubeugen, ist das Gerichtsgebäude während der Dauer der Verhandlungen abgesperrt. Nur wer sich entsprechend ausweisen kann, erhält Zutritt.

Massenversammlung der Konfektionsarbeiter.

Die Streifleitung der Konfektionsarbeiter hatte die Juschnieder, Juschniederinnen, Schneider und Schneiderinnen, Angestellte und Hausdiener des gesamten Bekleidungsgewerbes am Sonntag vormittag zu einer Massen-Versammlung nach dem Circus Böck eingeladen.

Nachdem die Mäntelerteilung des Polizeihofs Breslau die Versammlung mit einem Kampftitel eröffnet hatte, versöhnten sich die Kollegen aus Böck und Bloß mit dem gemeinsamen Stand der Streikbewegung und der Haltung des Arbeitgeberverbands. Dieser Verband, der die Offenheit völlig falsch informiert und denjenigen Firmen Drohungen zugehen läßt, die nicht dem Arbeitgeberverbund angehören, spricht von einem Terror der Arbeitnehmer. Es verlangt sogar die Wiederaufnahme der Arbeitnehmer in die alte, alte Gewerkschaft. Da gilt es für die Arbeitnehmer, ehrlich und ehrlich zu verhandeln, denn wenn die Unternehmer in diesem neuen Kampf bei Sieg davon treten, dann beginnt für die Arbeitnehmer wieder die Arbeit, die Arbeit und Arbeit und Arbeit und Arbeit werden möglich. Die Ziele der Arbeitnehmerorganisation aber müssen jetzt: die Preise für die Alltagswaren ganz erheblich herabzusetzen; der Unternehmer muß sich mit weniger Profit be-

gnügen. Nicht auf der einen Seite Millionenengenwinne und auf der anderen Seite Ausbeutung. Auch für die Schneider und Schneiderinnen muß der Arbeitstag Geltung erhalten. Darum wird dieser große Kampf bis zum Ende geführt werden, um einen einheitlichen Reichstag, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Berufsangehörige regelt. Nach dem brausenden Beifall der Versammelten nahmen die Vertreter der verschiedenen Verbände das Wort.

Gewerkschaftssekretär Lößler vom Reichsverband der christlichen Gewerkschaften und Fräulein Liebig vom Werkverein der Heimarbeitserinner riefen die Kollegen und Kolleginnen zum Ausstehen und die anderen Belegschaften zur Solidarität auf. Auch Herr Kastenbeck vom deutschnationalen Handlungsgesellschafter forderte zum geschlossenen Kampf gegen die Arbeitgeber auf. Genosse Marx vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Genosse Überholz vom Zentralverband der Angestellten und Genosse Stadtrat Senf vom Transportarbeiterverband überbrachten der Versammlung ihre volle Sympathie und verschärften ihre weitgehende Unterstützung. Die bisher geschlossene Einmütigkeit wurde nur gestört durch die Herren Grischwitz und Klein von der F. P. D., die sich bald auf politisches Gebiet begaben. Komisch mutete es von Grischwitz an, als er vor Geschlossenheit sprach, wo er dauernd Zersplitterungsarbeit betreibt. Einstimig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Dr. im Circus Böck von Beschäftigten aller Branchen der Bekleidungsindustrie zahlreich besuchte Versammlung fordert der streitenden Konfektionsarbeiter in ihrem Kampf gegen das heutige organisierte Unternehmertum ihre weitgehendste, moralische und wenn es erforderlich, auch materielle Unterstützung. Sie betrachtet den Kampf als einen vom Arbeitgeberverband mit bewußter und gewollter Absicht herbeizuführen, um die Schaffung eines Reichstages unter Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen, wie sie in angetretener Tatsachen bereits durchgeführt sind zu verhindern. Bei diesen Kampfsmethoden und Kampfsmitteln des organisierten Unternehmertums fordert die Versammlung alle Mitglieder der beteiligten Verbände auf, mit allen Mitteln die Streikenden im Kampf um ihre berechtigten Forderungen, unter Zurückstellung der eigenen Interessen, in weitgehendstem Maße zu unterstützen, bis die Unternehmerorganisationen bereit sind, den Forderungen zu entsagen.“

Das Verhalten des Arbeitgeberverbandes wird geleitet von frauseliger Beobachtung und öffentlichester Gegnerschaft gegen alle grundfestslichen und prinzipiellen Forderungen der Arbeiterschaft. Dabei wird von dem gegen die nicht am Streik beteiligten Firmen der stärkste Terror geübt, die Streikenden von beteiligten Unternehmen bekämpft und veracht, diese in Gegenwart zu ihren Organisationen zu bringen, sowie die öffentliche Meinung irrezuführen. Besonders aber wird mit den größten Unstreuungen verucht, Bundesgenossen und Unterstützung durch die übrigen Arbeitgeberverbände der Bekleidungsindustrie zu bekommen.

Mit dem Eide: „Empor zum Sieg“ schloß die imposante Versammlung.

Wahlen zur Landwirtschaftskammer.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer sind, wie bekannt, auf den 20. März verschoben worden. Die Wählerlisten für den Kreisbezirk Breslau-Stadt haben bereits vom 6. bis 13. Februar öffentlich zur Einsicht ausgelagert. Eine nachmalige Auslegung infolge der Verschiebung des Wahltages ist nach ministerieller Aufforderung nicht notwendig und unterbleibt daher.

Dagegen ist die Frist zur Einlegung von Einsprüchen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerliste durch die Verschiebung der Wahl entsprechend verlängert worden. Einsprüche können deshalb auch noch nachträglich in der Zeit vom 27. Februar bis 6. März schriftlich eingereicht oder in dieser Zeit werktäglich von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im städtischen Wahlamt, Elisabethstraße 9, 1. Stock, Zimmer 50, zur Niederschrift vor den beauftragten Beamten abgegeben werden. Da die Wählungen zur Wählerliste sehr spät einbegangen sind, wird jedem Wählerberigten empfohlen, nun noch diese Nachfrist zu benutzen, um durch seinen Einspruch die Aufnahme in die Wählerliste zu erreichen.

* Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Faktion hält Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr ihre Sitzung im Gewerkschaftshaus ab. Das Erscheinen aller Mitglieder, sowie der sozialdemokratischen Stadttruppe ist eine unabdingbare Notwendigkeit.

* Zwei Nachstöße polizeilich geschlossen. Der Polizeipräfekt macht bekannt: Nachdem ich kurzlich einige Nachstöße wegen Ueberreitung der Polizeistunde habe verwarnen lassen, habe ich mich nunmehr genötigt gesehen, den bissigen „Bintergarten“ (Reuschstraße) und die „Mag und Moritz-Bar“ (Tanzkönigstraße), die trotzdem den Betrieb über die Polizeistunde hinaus hinter verschlossenen Türen fortgesetzt haben, polizeilich zu schließen.

* In das Breslauer Polizeigefängnis sind in der Woche vom 20. bis 26. Februar 259 Personen eingeliefert worden; darunter wegen Einbruchdiebstahl 21, einfachen Diebstahl 22, Hohlräuber 4, Betrugs 4, Unterstüzung 2, gewerbsmäßiger und auch 17, Schlechthandels 7, Täschendiebstahl 2, Betteln 1, Arbeitslos 12, Urkundenfälschung 1, Juwäterei 1, groben Unfug 1, Entführung 1, Stiftlichkeitserbrechens 4, Fürsorgezusage 19, Sittenübertretung 10, Obdachlosigkeit 15, Spionage 1. Als lästige Ausländer wurden zwei Personen festgenommen und in Sorgehaft 1.

* Unerhörte Freiheit. In der Wohnung von zwei Freuen in der Hirschstraße erschien am 15. ein fremder Mann, der sich als Verleierwirt ausgab, der beauftragt sei, die beiden Freuen wegen Billigung einer Rente ärztlich zu untersuchen. Unter diesem Vorwand hat sich der Freiheit an den beiden Freuen in unerhörter Weise vergangen. Der Unhold ist von mittlerer Größe, hat dunkles Spiegelhaar und trug eine Altenpfeife bei sich. Es wird vor dem Müllling gewarnt und erucht, da gegebenfalls dem nächsten Polizeibeamten zu übergeben.

* Für Übersicht! Am 2. und 3. März veranstaltet die Firma Willi Geritter in Jamsons Werkstatt eine große Modeschau, in der dem Publikum die neuesten Schöpfungen der Mode vorgeführt werden. Ein Tanz-Lee vornehmen Stil, bei dem Tee und Gebäck gereicht werden, sollen diese Veranstaltung unterhalten. Namhafte Künstler werden auf die Bühne für die Unterhaltung sorgen. Röhres durch Interate; Vorträge durch Cäsar und Wolff. Der gesamte Reiterzug steht dem Abstimmungsausschuß zur Erhaltung Übersichtens bei Deutschland zu.

* Vereinigte Theater. Dienstag, den 1. März und die folgenden Tage kommt im Nationaltheater im Platz, Reinhardstrasse 1, das Schauspiel „Die Goldkette“, das Lustspiel „Lustspiel“ und das Komödie „Der tapfere Soldat“ zur Aufführung mit den Damen Remond und Guizer und den Herren Steinbacher, Bischoff und Gellert in den Hauptrollen.

* Im Thaliatheater kommt im Märchentheater ein Schauspiel und zwar das Schauspiel „Die Goldkette“, das Lustspiel „Lustspiel“ und das Komödie „Der tapfere Soldat“ zur Aufführung mit den Damen Remond und Guizer und den Herren Steinbacher, Bischoff und Gellert in den Hauptrollen.

* Cirque-Gesellschaft. Am Freitag hat die Cirque-Gesellschaft einen Tag, um die Besucher der Versammlung zu empfangen. Eintrittspreise sind 10 Pfennig, 20 Pfennig und 30 Pfennig.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Heut Nachm. 4½ Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden, unsere inniggeliebte herzensgute, treu-sorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Mineralwasseraufbereiterin.

Selma Thernes

geb. Voigt

im 53. Lebensjahr.

In tiefer Trauer zeigen dies an
Breslau XXIII, den 25. Februar 1921
Hubenstraße 84.

Margarete Wilding geb. Thomas
Hans Thomas
Käte Wagner geb. Thomas
Fritz Wilding
Anni Thomas geb. Jung
Helmut Wagner u. 2 Enkelkinder.

Die Beerdigung findet Dienstag, d. 1. März nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Maria Magdalenen-Friedhofes, Steinstr. aus statt.

Am 25. Februar verstarb unser wert Kölle und Mitarbeiter

Herr Karl Mangliers

im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrwürdiges Andenken bewahren Sie
Die Beamten und Bediensteten
des Werkst.-Haupt-Lagers I

Breslau-Ust.

Dienstag, den 1. März,
mittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Gasthof zur
Eichenzug, nach Friedhof Wolschitz.

Am 25. Februar verschied unser wert Verbands-
kollege, der Regierungsbeamte in W. A.!

Karl Mangliers

im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrwürdiges Andenken bewahren Sie
Die Angestellten im Betrieb Breslau-Friedrichs-
strasse 2073 Verwaltungsbüro Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, in Wolschitz.

Am 25. Februar, vormittags 11 Uhr,
entschlief plötzlich nach kurzem aber schweren Leiden, meine inniggeliebte Frau und herzenste Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Pauline Rolle

geb. Gabriel

im 34. Lebensjahr.

Schmerzerfüllt zeigt dies hiermit im
Namen aller Hinterbliebenen an
Der liebfrauende Gatte

Karl Rolle.

Breslau, den 25. Februar 1921.
Ritterstraße 22.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr vor
d. Friedhofskapelle am Postlowowitz, Węgry.

Am 25. Februar verschied nach kurzen Leiden
meine Mutter, die Schuhmacherin

Wilhelm Rummel

im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrwürdiges Andenken bewahren Sie
Die Angestellten des Betr. Verkaufsstelle.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 1. März
nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Postlowowitz
aus statt. (District 21) 2073

Für das allgemeine große Interesse und die wege Ausdrucksart bei der Erziehung unserer Tochter, annehmen, jedoch stimmen zu diesem, will ich der Firma R. Pohlschmid und Sohn, Wagenhersteller Breslau, herzliche Dank aussprechen, insbesondere dem Herren Dr. C. Koch und dem geschätzten Personal. Dennwohl kann Firma so und das Wohl einer Angestellten bedecken ist, wie gerade dieser. Meine Tochter befindet sich seit 2 Jahren bei der Firma und das Herren Koch und das gesamte Personal zeigen ein großes Interesse für jedes einzelne Lehr- und Hochleistungswerk.

**Schlesischer Kriegsveteranen-Krieger-
verein und Schützenverein**
Schlesische Siedlung
Breslau, Dist. 2, Städte 1921

Generalversammlung
Sind nur noch wenige Tage verbleiben, bis die Generalversammlung der Schlesischen Kriegsveteranen-Krieger-Verein und Schützenverein, am Sonntag, den 25. Februar, 1. Städte.

Se den weissen Süßen
schmerzlosen Zahnschleifer!
Zähne von 8 Kr. an
Zähne „4 Kr.“
R. Barthelt, Pfeiffir. 1
Gute Zahnschleifer.

**Karl Titus
Hering**
Dentist
Olszkastr. 43.
Telefon 7273. —

Bei
Periodontitis
verlängerten Zähnen mit
meiner
höher wissenden Mittel
billigte Preise
in Gummiwaren
Drückigen Spülspülchen, Peils-
und Blasenbinden
Katalog gegen 50 Pf. Miete
Frau B. Zander,
Blaubeuren 8804
Breslau 2.
Goldschmiede 28, 1. Stock
an der Kaiserstraße.

Am 25. Februar verschied plötzlich
und unerwartet, unsere hochverehrte
Chefin

Frau Fabrikbesitzer Selma Thomas

Durch ihre edle Gesinnung, sowie
großes Wohlwollen hat sich die Ver-
storbene ein bleibendes Andenken bei
uns gesichert.

**Die Angestellten
der Firma Reinh. Thomas:**
Oscar Wendt,
Robert Flister,
Charlotte Dittrich,
Martha Fuhrmann.

Am 25. Februar verschied plötzlich
unsere verehrte Arbeitgeberin

Frau Selma Thomas.

Vielen von uns war die Verstorbene
Jahrzehntlang ein Vorbild rechtschaffener
Arbeit.

Wir werden Ihr ein ewiges Andenken
bewahren.

Im Auftrage des gesamten Personals
der Firma Reinhold Thomas

Der Betriebsrat
Löschel Wenzel.

Ronja u. Gregorius, Borsig's

Verkaufsstellenversammlungen

heute Freit.

Dienstag, 1.1.1921, Ritterstr. 1, Borsig's, 1. Stock, 1. Etage, 2. Stock

Mittwoch, 2.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Donnerstag, 3.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Freitag, 4.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Samstag, 5.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sonntag, 6.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Montag, 7.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 8.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 9.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 10.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 11.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 12.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 13.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 14.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 15.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 16.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 17.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 18.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 19.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 20.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 21.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 22.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 23.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 24.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 25.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 26.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 27.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 28.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 29.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 30.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 31.1.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 1.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 2.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 3.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 4.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 5.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 6.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 7.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 8.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 9.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 10.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 11.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 12.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 13.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 14.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 15.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 16.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 17.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 18.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 19.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 20.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 21.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 22.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 23.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 24.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 25.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 26.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 27.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 28.2.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 1.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 2.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 3.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 4.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 5.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 6.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Thursday, 7.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Friday, 8.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Saturday, 9.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Sunday, 10.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Monday, 11.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Tuesday, 12.3.1921, Borsig's, 1. Etage, 2. Stock

Wednesday, 13.3.1921, Borsig's, 1. Etage